BESCHLUSSANTRAG

des Büros

betreffend Anpassungen der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates betreffend Oberaufsicht und Protokoll

Das Büro wird beauftragt, die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, damit dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage vorgelegt wird, mit welcher die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 6. März 2013 wie folgt geändert wird:

Ersatz von Begriffen
"Rechnung" wird zu "Jahresrechnung"

Zweiter Titel: Organe des Rates

1. Kapitel: Grundlagen

Art. 14 Protokoll

Absätze 1–4 unverändert

⁵ Die Protokolle sind vertraulich.

⁶ Die Protokolle werden den Kommissionsmitgliedern, dem zuständigen Mitglied des Stadtrates sowie dem Ratsschreiber bzw. der Ratsschreiberin zuhanden der Ratsakten zugestellt. Eine Kopie des Protokolls ist durch das Ratssekretariat den Präsidenten oder Präsidentinnen der Fraktionen zuzustellen. Den übrigen Ratsmitgliedern steht das Recht zu, die Protokolle einzusehen.

⁷ Das Büro und die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission können zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen, zum Schutz der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verwaltungs- oder Justizverfahren beschliessen, ein Protokoll dem Amtsgeheimnis zu unterstellen und die Einsichtnahme zu beschränken.

⁸ Das Büro kann nach Abschluss der Beratungen des Rates auf Gesuch hin Dritten Einsicht in Protokolle gewähren, soweit ein Interesse im Rahmen der Rechtsanwendung oder der Wissenschaft glaubhaft gemacht wird. Das Amtsgeheimnis bleibt vorbehalten.

⁹ Die Vertraulichkeit der Protokolle endet zehn Jahre nach Abschluss der Beratungen des Rates. Das Amtsgeheimnis bleibt vorbehalten.

Art. 16 Grundsätze der Oberaufsicht

¹ Der Rat übt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Stadtrates und der Stadtverwaltung sowie über den Finanzhaushalt periodisch und unabhängig von einer Vorlage aus.

² Der Rat beurteilt im Rahmen der Oberaufsicht das Handeln des Stadtrates und der Stadtverwaltung nach den folgenden Kriterien:

- a. Rechtmässigkeit,
- b. Ordnungsmässigkeit,
- c. Zweckmässigkeit,
- d. Wirksamkeit,
- e. Wirtschaftlichkeit.

³ Die Oberaufsicht ist eine politische Kontrolle und unterzieht das Handeln des Stadtrates und der Stadtverwaltung einer politischen Beurteilung. Sie umfasst insbesondere nicht die Befugnis, Entscheide des Stadtrates und der Stadtverwaltung aufzuheben oder abzuändern.

Art. 19 Öffentlichkeit und Orientierung

Absatz 1 unverändert

² Die Organe des Rates informieren bei wichtigen Angelegenheiten in geeigneter Form die Öffentlichkeit. Die Mitglieder des Organs sowie die übrigen Ratsmitglieder greifen einer Orientierung der Öffentlichkeit nicht vor. Nach der Orientierung können sie sich in Wort und Schrift mit den im Organ behandelten Fragen und den dazu bestehenden Auffassungen auseinandersetzen.

zen. Urheber und Urheberinnen von Voten dürfen gegen aussen nicht bekannt gegeben werden.

³ Das Stimmverhältnis bei Anträgen, die an den Rat gelangen, darf gegen aussen bekannt gegeben werden.

Art. 20 Kommissionsgeheimnis und Amtsgeheimnis

¹ Das Kommissionsgeheimnis umfasst die Vertraulichkeit der Informationen über den Verhandlungsgegenstand und die Beratungen sowie Angaben zum Beschluss des Organs oder zur Haltung und zum Stimmverhalten anderer Mitglieder gegenüber Dritten.

² Das Amtsgeheimnis umfasst eine umfassende Schweigepflicht über den Verhandlungsgegenstand und die Beratungen sowie Angaben zum Beschluss des Organs oder zur Haltung und zum Stimmverhalten anderer Mitglieder gegenüber Personen, die von der Einsichtnahme nach Artikel 14 Absatz 7 ausgeschlossen sind.

2. Kapitel: Büro

Art. 22 Zuständigkeiten

Absatz 1 Buchstabe a–j unverändert

k. das Treffen von Disziplarmassnahmen gegen Ratsmitglieder.

Absätze 2–5 unverändert

⁶ Einsprachen gegen Beschlüsse des Büros nach Absatz 1 Buchstaben j und k sind innert 30 Tagen nach Zustellung schriftlich an den Rat zu richten. Über die Einsprachen entscheidet der Rat endgültig.

Art. 25 Aufgaben der Sekretäre und Sekretärinnen

¹ Die Sekretäre und Sekretärinnen unterstützen den Präsidenten oder die Präsidentin bei seinen bzw. ihren Aufgaben.

² Sie sind zuständig für die Abfassung der Beschlüsse des Rates.

3. Kapitel: Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Art. 28 Zuständigkeiten

¹ Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission prüft die Geschäftsführung des Stadtrates und der Stadtverwaltung und kontrolliert das Kassen- und Rechnungswesen der Stadtverwaltung.

² Sie prüft den Voranschlag und die Jahresrechnung sowie die Wertschriften- und Kassenbestände der Stadtverwaltung. Sie klärt die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit ab.

³ Sie erstattet dem Rat einmal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit im Rahmen der Oberaufsicht.

⁴ Ferner ist sie zuständig für:

- a. die Prüfung des Finanzplans,
- b. die Prüfung von Anträgen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen,
- c. die Prüfung der Produktgruppen "Finanzen" und "Steuern" bezüglich der Liste der Produkte, deren Ziele sowie deren Indikatoren,
- d. die Prüfung der selbständigen Sonderrechnungen,
- e. die Prüfung der Jahresrechnung des Zweckverbandes "ARA Sihltal",
- f. die Behandlung der ihr zugewiesenen Aufsichtseingaben,
- g. die Prüfung der Einhaltung der Fristen für parlamentarische Vorstösse und Prüfung von entsprechenden Fristerstreckungsgesuchen des Stadtrates,
- h. die Prüfung weiterer Geschäfte, sofern das Büro dies beschliesst.

4. Kapitel: Sachkommission

Art. 30 Zuständigkeiten

Die Sachkommission ist zuständig für:

- a. die Prüfung der Legislaturziele des Stadtrates,
- b. die Prüfung aller Produktgruppen bezüglich der Liste der Produkte, deren Ziele sowie deren Indikatoren,
- c. die Prüfung weiterer Geschäfte, sofern das Büro dies beschliesst.

5. Kapitel: Einbürgerungskommission

Art. 32 Zuständigkeiten

¹ Die Einbürgerungskommission berät die Anträge des Stadtrates betreffend die Gesuche um Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil vor, soweit auf die Erteilung kein Rechtsanspruch besteht.

² Beantragt sie die Abweisung eines Gesuchs, so ist der Antrag mit einer Begründung zu versehen und unverzüglich nach der Beschlussfassung den übrigen Ratsmitgliedern sowie dem Stadtrat vor der endgültigen Beschlussfassung durch den Rat schriftlich mitzuteilen. Aus der Begründung müssen die Überlegungen hervorgehen, von denen sich die Einbürgerungskommission leiten liess und auf welche sich ihr Antrag stützt.

³ Ferner ist sie zuständig für die Prüfung weiterer Geschäfte, sofern das Büro dies beschliesst.

6. Kapitel: Parlamentarische Untersuchungskommission

Art. 32^{bis} Zusammensetzung und Wahl (neu)

¹ Eine Parlamentarische Untersuchungskommission besteht aus höchstens neun Mitgliedern.

² Die Einsetzung erfolgt nach Anhörung des Stadtrates durch einen Beschluss des Rates. Dieser legt den Auftrag an die Parlamentarische Untersuchungskommission fest, bezeichnet die Mitglieder sowie das Kommissionspräsidium und bestimmt das Sekretariat.

³ Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selber.

⁴ Bevor ein Ratsmitglied einen Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission stellen kann, muss in einer Interpellation Aufschluss über die besonderen Vorkommnisse verlangt worden sein. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission kann einen solchen Antrag aufgrund ihrer Untersuchungen ohne vorangehende Interpellation zur Verhandlung bringen.

⁵ Die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission hindert die Durchführung anderer rechtlich geordneter Verfahren, namentlich von Disziplinarverfahren, nicht, soweit die Arbeit der Parlamentarischen Untersuchungskommission dadurch nicht erschwert oder verunmöglicht wird.

⁶ Der Rat kann Mitglieder oder das Präsidium der Parlamentarischen Untersuchungskommission aus wichtigen Gründen absetzen.

Art. 32^{ter} Zuständigkeiten (neu)

¹ Eine Parlamentarische Untersuchungskommission untersucht im Zuständigkeitsbereich der Oberaufsicht des Rates Vorkommnisse von grosser Tragweite in den zuständigen Behörden und der Stadtverwaltung.

² Die Parlamentarische Untersuchungskommission ist zuständig für:

- a. die Ermittlung der Sachverhalte,
- b. die Beschaffung weiterer Beurteilungsgrundlagen,
- c. die Einreichung von Strafanzeigen, sofern ein Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat besteht,
- d. die politische Beurteilung des Handelns der zuständigen Behörden und der Stadtverwaltung,
- e. die Abfassung eines Berichts zuhanden des Rates.

Art. 32^{quater} Verfahren (neu)

¹ Die Parlamentarische Untersuchungskommission bestimmt die für ihre Ermittlungen erforderlichen verfahrensmässigen und personellen Vorkehren.

² Sie hat die zu untersuchenden Vorkommnisse und die Personen, gegen die sich die Untersuchung richtet, zu bezeichnen. Dieser Entscheid ist den betroffenen Personen schriftlich mitzuteilen.

³ Für die Ermittlung des Sachverhalts und die Beweiserhebung gelten sinngemäss die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes¹. Artikel 292 des Strafgesetzbuches² ist anwendbar.

⁴ Richtet sich die Untersuchung ganz oder vorwiegend gegen eine bestimmte Person, darf diese nur als Auskunftsperson befragt werden.

¹ LS 175.2.

² SR 311.0.

Art. 32^{quinquies} Informationsrechte (neu)

¹ Die Parlamentarische Untersuchungskommission kann:

- a. Zeuginnen und Zeugen einvernehmen,
- b. von Privatpersonen, soweit sie der Zeugenpflicht unterstehen, die Herausgabe von Akten verlangen,
- c. Auskunftspersonen befragen,
- d. von Amtsstellen, Behördenmitgliedern, Personen aus der Stadtverwaltung und Privatpersonen, soweit sie der Zeugenpflicht unterstehen, mündliche oder schriftliche Auskünfte einholen,
- e. Sachverständige beiziehen,
- f. die Herausgabe sämtlicher Akten der Stadtverwaltung und des Stadtrates verlangen,
- g. Augenscheine vornehmen.

² Zeuginnen und Zeugen sind zur Ablegung des Zeugnisses verpflichtet.

³ Das Recht zur Zeugnisverweigerung richtet sich unter Vorbehalt von Artikel 32^{sexies} nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung³.

⁴ Vor jeder Befragung ist festzustellen, ob sich jemand als Auskunftsperson, als sachverständige Person, als Zeugin oder als Zeuge zu äussern hat.

⁵ Über jede Befragung ist ein Einvernahmeprotokoll zu erstellen. Die Zivilprozessordnung⁴ ist sinngemäss anwendbar.

Art. 32^{sexies} Informationen und Akten unter Amtsgeheimnis (neu)

¹ Bei Begehren um Auskunft oder Aktenherausgabe sowie bei Einvernahmen durch die Parlamentarische Untersuchungskommission ist es nicht erforderlich, dass die Mitglieder des Stadtrates und die Personen aus der Stadtverwaltung vom Amtsgeheimnis entbunden werden. Aktenherausgabe und Aussagen können nicht mit dem Hinweis auf das Amtsgeheimnis verweigert werden.

² Die Parlamentarische Untersuchungskommission bestimmt nach Anhörung des Stadtrates, welche Aktenstücke oder Äusserungen dem Amtsgeheimnis nicht oder nicht mehr unterstehen.

Art. 32^{septies} Einvernahme von Personen aus der Stadtverwaltung (neu)

Personen aus der Stadtverwaltung sind verpflichtet, der Parlamentarischen Untersuchungskommission über Wahrnehmungen bezüglich des Untersuchungsgegenstandes, die sie in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben und die ihre dienstlichen Obliegenheiten betreffen, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen sowie allfällige Akten zu nennen, die den Gegenstand der Untersuchung betreffen.

Art. 32^{octies} Betroffene Personen (neu)

¹ Mitglieder des Stadtrates, Personen aus der Stadtverwaltung und Dritte, die durch die Untersuchung in ihren Interessen unmittelbar betroffen sind, haben das Recht, sich durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin nach dem Anwaltsgesetz⁵ verbeiständen zu lassen. Überdies haben sie das Recht, den Befragungen von Personen nach Artikel 32^{quinquies} Buchstaben a–d beizuwohnen und Ergänzungsfragen zu stellen, Beweisanträge zu stellen, an Augenscheinen teilzunehmen sowie in die herausgegebenen Akten, Gutachten und Einvernahmeprotokolle der Parlamentarischen Untersuchungskommission Einsicht zu nehmen.

² Die Parlamentarische Untersuchungskommission kann ihnen die Anwesenheit bei Befragungen und die Akteneinsicht verweigern, sofern dies im Interesse der laufenden Untersuchung unerlässlich ist und sich die Untersuchung nicht ausdrücklich gegen sie richtet. Auf die betreffenden Beweismittel kann nur dann abgestellt werden, wenn deren wesentlicher Inhalt den betroffenen Personen eröffnet und ihnen Gelegenheit gegeben wurde, sich dazu zu äussern und Beweisanträge zu stellen.

³ Nach Abschluss der Ermittlungen und vor der Berichterstattung an den Rat ist den Personen, denen gegenüber Vorwürfe erhoben werden, Gelegenheit zu geben, sich vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu äussern.

³ SR 272.

⁴ SR 272.

⁵ SR 935.61.

Art. 32^{nonies} Stellung des Stadtrates (neu)

¹ Dem Stadtrat kommen gegenüber der Parlamentarischen Untersuchungskommission die gleichen Rechte wie den betroffenen Personen zu. Er kann sich vertreten lassen.

² Der Stadtrat hat das Recht, sich vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission und in einem Bericht zuhanden des Rates zu den Schlussergebnissen der Untersuchung zu äussern.

³ Für die Auskunftserteilung von Mitgliedern des Stadtrates vor der Parlamentarischen Untersuchungskommission gilt sinngemäss Artikel 32^{septies}.

Art. 32^{decies} Amtsgeheimnis (neu)

Die Beratungen der Parlamentarischen Untersuchungskommission sowie sämtliche Akten im Zusammenhang mit der Untersuchung unterstehen dem Amtsgeheimnis. Die Einsichtnahme in die Protokolle der Parlamentarischen Untersuchungskommission ist auf deren Mitglieder beschränkt.

Art. 32^{undecies} Abschluss der Untersuchung (neu)

¹ Nach Abschluss der Untersuchung unterbreitet die Parlamentarische Untersuchungskommission dem Rat einen schriftlichen Bericht.

² Die Einstellung der Untersuchung und die Auflösung der Parlamentarischen Untersuchungskommission erfolgen durch Beschluss des Rates.

Dritter Titel: Sitzungen des Rates

1. Kapitel: Grundlagen

Art. 37 Protokoll

Absätze 1–6 unverändert

⁷ Sind sämtliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bereinigt, nimmt das Büro das Protokoll ab. Gehen gegen das Protokoll keine Einwendungen ein, so gilt dieses automatisch als abgenommen.

Absatz 8 unverändert

⁹ Die abgenommenen Protokolle sind öffentlich. Ausgenommen sind Geschäfte, bei denen die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen wurde.

Vierter Titel: Geschäfte des Rates

6. Kapitel: Beschlussantrag

Art. 91 Verfahren und Umsetzung

Absätze 1–5 unverändert

⁶ Resolutionen bedürfen keiner Umsetzung.

Fünfter Titel: Fraktionen und Interfraktionelle Konferenz

Art. 92 Fraktionen

¹ Die Fraktionen befassen sich neben den Kommissionen mit der Vorberatung der Geschäfte des Rates und unterbreiten Vorschläge für die durch den Rat vorzunehmenden Wahlen.

Absätze 1 und 2 werden zu Absätze 2 und 3

Art. 93 Interfraktionelle Konferenz

¹ Die Interfraktionelle Konferenz befasst sich mit Wahlen, die vom Rat vorzunehmen sind. Sie ist bestrebt, dass für jedes Wahlgeschäft des Rates ein von sämtlichen Fraktionen mitgetragener Wahlvorschlag zustande kommt.

² Die Interfraktionelle Konferenz besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion.

Absätze 2 und 3 werden zu Absätze 3 und 4

Im Namen des Büros

Die Präsidentin:
Daniela Morf

Der Sekretär:
Davide Loss

Begründung:

Am 6. März 2013 hat der Grosse Gemeinderat auf Antrag des Büros die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GeschO GGR) beschlossen. In dessen Art. 16 hatte der Grosse Gemeinderat der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission besondere Befugnisse im Rahmen der Oberaufsicht eingeräumt, um das Verwaltungshandeln – unabhängig von einer Vorlage des Stadtrats – einer politischen Kontrolle unterziehen zu können. Im Rahmen des diesbezüglichen Rechtsmittelverfahrens hielt das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich fest, Art. 16 GeschO GGR stütze sich nicht auf eine genügende gesetzliche Grundlage in der Gemeindeordnung. Art. 26 Abs. 3 der Gemeindeordnung sei diesbezüglich nicht genügend klar. Diese gesetzliche Grundlage soll mit der vom Grossen Gemeinderat zu behandelnden Motion geschaffen werden. Art. 16 GeschO GGR muss sich deshalb nicht erneut mit den Kompetenzen im Rahmen der Oberaufsicht befassen. Unabhängig von den Kompetenzen im Rahmen der Oberaufsicht soll das Wesen der Oberaufsicht in Art. 16 GeschO GGR erläutert werden.

Darüber hinaus sind die Bestimmungen über das Protokoll der Organe sowie über das Kommissionsgeheimnis in Art. 14 und 20 GeschO GGR anzupassen. Dabei sind notwendige Präzisierungen zum Einsichtsrecht angebracht. Andererseits sind auch Erkenntnisse aus dem Schreiben des Büros vom 29. Oktober 2014 an Gemeinderat YANNICK WETTSTEIN zu übernehmen.

Sodann sind die Aufgabenbereiche der Kommissionen anzupassen. Neu soll die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission verpflichtet werden, dem Grossen Gemeinderat einmal jährlich schriftlich Bericht über ihre Tätigkeit im Rahmen der Oberaufsicht zu erstatten. Dabei sind auch die Aufgaben der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission im Rahmen der Oberaufsicht klar und übersichtlich aufzulisten. In diesem Zusammenhang sind die Zuständigkeiten einer Parlamentarischen Untersuchungskommission aufzulisten. Ob dies – wie vorliegend beantragt – direkt in der GeschO GGR erfolgen soll oder in einem eigenen Reglement, wird das vorberatende Organ im Rahmen der Erarbeitung der Vorlage an den Rat entscheiden.

Ausserdem sind die neuen Aufgaben der Sekretärinnen und Sekretäre in Art. 25 GeschO GGR einzufügen.

Des Weiteren ist beim Ratsprotokoll eine Bestimmung einzufügen, wonach dieses automatisch als abgenommen gilt, sofern dagegen keine Einwendungen eingehen. Damit soll verhindert werden, dass das Büro ein unbestrittenes Protokoll zusätzlich noch abnehmen muss und dadurch dessen Versand verzögert wird, wenn unmittelbar nach Ablauf der Einwendungsfrist keine Sitzung des Büros stattfindet.

Ferner ist beim Verfahren betreffend Beschlussantrag eine Präzisierung in Art. 91 anzubringen, wonach Resolutionen, die mit einem Beschlussantrag eingebracht und unterstützt werden, keiner Umsetzung bedürfen.

Schliesslich soll eine Definition für die Fraktion und der Interfraktionellen Konferenz in Art. 92 und 93 GeschO GGR eingefügt werden.

Diese Begründung bildet gleichzeitig die Stellungnahme des Büros im Sinn von Art. 91 Abs. 1 GeschO GGR.